

China: Partnerschaft mit Russland, Ablehnung des Westens

SZ online, 29. März 2022

Mikko Huotari, Direktor des Mercator Institute for China Studies (Merics).



Foto: Federico Pestellini/Imago

Nach mehreren Verschiebungen findet am Freitag nach langer Zeit wieder ein EU-China-Gipfel statt, per Videokonferenz. Mitten im Krieg, das war so nicht geplant. Die SZ sprach aus diesem Anlass mit Mikko Huotari, Direktor des Mercator Institute for China Studies (Merics), der wichtigsten China-Denkfabrik hierzulande.

SZ: Herr Huotari, Chinas Parteichef Xi Jinping und Russlands Präsident Wladimir Putin haben sich im Februar die grenzenlose Freundschaft geschworen. Was verbindet die beiden?

Mikko Huotari: Ich glaube, wir müssen deutlich weiter zurückgehen als Februar und feststellen: China und Russland haben ein Problem damit, dass ihr strategischer Spielraum, ihre Einflussphären durch den Westen eingeschränkt werden. Xi und Putin versuchen, dagegen vorzugehen. Putin hat jetzt einen Krieg begonnen. Im Falle von China und Xi richten wir uns darauf ein, dass es zu einer Konfrontation um Taiwan in den nächsten Jahren kommen kann.

Also stehen sie im gemeinsamen Lager gegen die USA, gegen den Westen. Spielt auch der Wettbewerb der Systeme eine Rolle?

Es ist beides. Wir haben die strategische Ableitung: Wir sind nicht zufrieden mit der Weltordnung, wie sie jetzt ist. Nicht zufrieden mit unserer mangelnden Handlungsfähigkeit. Und was beim Treffen von Putin und Xi am 4. Februar in Peking noch mal deutlicher wurde: All die Ordnungsvorstellungen und die Begriffe, die für uns im Westen wichtig sind, Demokratie zum Beispiel, werden umgedeutet und gekapert. China und Russland sind demnach die beiden Staaten, die diese Konzepte am besten umsetzen. China und Russland sind die besseren Demokratien.

In China übernehmen und verbreiten die Staatsmedien die Propaganda Russlands. Was sind die Signale, die Peking damit innenpolitisch aussendet?

Die Orientierung am russischen Narrativ ist klar. Die Führung scheint zu glauben, dass Kapital daraus zu schlagen ist, wenn man die antiwestliche und antiamerikanische Grundstimmung in China noch verschärft. Dieser komplett kontrollierte Informationsfluss ist darauf ausgerichtet, die Unterstützung für Russland in der Bevölkerung aufrechtzuerhalten und damit auch Xis Grundlinie zu bestätigen: Dass er sich an die Seite Putins stellt, soll als historisch richtige Wahl erscheinen.

Gegenüber westlichen Gesprächspartnern mahnt China zum Frieden in der Ukraine, gilt sogar als möglicher Vermittler. Ist das nur vorgespielt?

Die chinesische Diplomatie ist äußerst geschickt darin, verschiedene parallel geführte Narrative zu spinnen und die richtigen Antworten für den jeweiligen Gesprächspartner zu geben.

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat schon früh nach China als Vermittler gerufen.

Ich halte das zum jetzigen Zeitpunkt für das absolut falsche Signal und eine völlige Fehleinschätzung der Lage. Dass ausgerechnet Xi der einzige Mann sei, der in dieser Krise im europäischen Interesse vermitteln kann, halte ich für verfehlt.

Ist es eine Zwickmühle, in die China geraten ist?

Nein, die Partnerschaft mit Russland als strategische Absicherung bleibt zentral für China und die Unterstützung für Putin bislang eindeutig. Natürlich sieht Peking die Notwendigkeit, die Konsequenzen dieser Linie und mögliche negative Auswirkungen unter anderem für die Wirtschaftsentwicklung abzumildern. Chinesische Experten sprechen aber auch explizit über Chancen, die aus diesem Krieg entstehen: Russland wird abhängiger, und eine Schwächung Europas könnte ebenfalls Vorteile bringen.

China lehnt sich zurück und guckt zu, wie sich die in Europa zerfleischen. Und am Ende ist China der Gewinner?

Sie wiegen wie so häufig Kosten und Gewinne gegeneinander auf. Der Westen versinkt im Chaos, das behauptet die Führung ja seit langem, wir in China aber sind der Hort der Stabilität. Auch wenn alle geschwächt aus diesem Konflikt herausgehen, könnte China relativ gesehen weniger verlieren.

Was bedeutet das für Europa?

Spätestens jetzt muss man zur Erkenntnis kommen, dass China auch sicherheitspolitische Herausforderungen für Europa bringt. Die chinesisch-russische Partnerschaft und gemeinsame Ablehnung der USA, des Westens und zentraler demokratischer Standards birgt eine der größten strategischen Herausforderungen der letzten 30 Jahre. Gleichzeitig haben wir ein China, das in seinem Ärger über Litauens Taiwan-Politik den EU-Binnenmarkt angreift, den Heiligen Gral der europäischen Integration. Und wir haben gegenüber europäischen Parlamentariern und Forschungsinstitutionen weiterhin chinesische Sanktionen, die die demokratische Verfasstheit und freie Meinungsäußerung in Europa angreifen. Das als Gesamtpaket anzuerkennen, müsste die Basis für die Gestaltung europäischer Chinapolitik sein.

Ist es aber nicht?

Ich glaube, dass es noch immer keine Mainstream- Wahrnehmung ist, China als umfassende strategische Herausforderung oder gar als sicherheitspolitisches Problem zu begreifen. Wenn viele in Europa jetzt nach China als Retter rufen, obwohl sich das Land auf die Seite Russlands geschlagen hat, dann zeigt das, dass da noch einiges nachzuholen ist.

Woher kommt die Fehlwahrnehmung?

Wir schauen bisher zu sehr auf die diplomatische Hülle, auf die florierenden Wirtschaftsbeziehungen, ohne dabei ernst zu nehmen, welchen Kurs die Führung innenpolitisch eingeschlagen hat. Die brutale Repression, die absolute Informationskontrolle, die Zentralisierung der politischen Macht. Dazu die harte Interessenpolitik in der Außenpolitik. Im Wesentlichen hat sich die Führung auf Konflikt und einen existenziellen strategischen Wettstreit mit den USA eingestellt und leitet daraus alles andere ab. Daraus können aus Pekings Sicht positive Beziehungen mit den EU-Mitgliedsstaaten resultieren - wenn die sich nur richtig verhalten.

Wenn sie sich also ausspielen lassen gegen die USA?

Genau. Wir sind ein Swing-Faktor, bei dem es darum geht, ihn auf die richtige Seite der Geschichte zu ziehen. Das wird bei uns in seiner Konsequenz noch nicht ausreichend durchgedacht. Gerade die deutsche Außenpolitik erschien mir in den letzten Jahren davon geprägt, insbesondere mit Russland und China auch strategische Opportunitäten zu suchen. Das war so bei Angela Merkel, und das ist so bei Olaf Scholz.

Was bedeutet das?

Dass deutsche Außenpolitik auch darauf ausgerichtet war, mit Moskau und Peking strategisch zusammenarbeiten, um eigene Handlungsspielräume auch gegenüber den USA zu erweitern.

Ist den Entscheidern hierzulande bewusst, dass in China selbst längst davon die Rede ist, dass man sich nicht nur in einem Rivalitätskampf mit den USA, sondern mit der westlichen Demokratie als solcher befindet?

Das war sicher nicht die prägende Perspektive. Aber vielleicht verschiebt sich da etwas mit der neuen Bundesregierung, von Christian Lindner und Annalena Baerbock hört man auch andere Töne. Ich glaube, wir müssen begreifen, dass vertiefte Verflechtung mit China zum Risiko wird. Wenn die Politik jetzt sagt: Wir können uns gerade wegen der Krise mit Russland nicht auch noch verschlechterte Beziehungen zu China leisten, dann ist das ein Fehler.

Weil uns sonst auch in unserem Verhältnis zu China ein böses Erwachen droht?

Es klären sich nun die Fronten. Und ich sehe China auf der anderen Seite. Die chinesisch-russische Partnerschaft wird bleiben. Natürlich müssen wir anerkennen, dass eine Energieabhängigkeit von Russland etwas anderes ist als die Absatzabhängigkeit der Automobilindustrie in China. Letztere ist weniger existenziell. Aber was zentral ist: Die gesamtwirtschaftliche Verflechtung mit China ist deutlich größer. Deshalb sind wir gut beraten, viel genauer auf strategische Abhängigkeiten zu schauen und endlich verstärkt in europäische Alternativen und Diversifikation zu investieren.

Wie könnte das aussehen?

Wir könnten zum Beispiel von Japan lernen. Es gibt einen Diversifikationsfonds der öffentlichen Hand in Japan. So ein Instrument überhaupt aufzulegen, darüber nachzudenken, dass Diversifikation etwas ist, was staatlich unterstützt werden muss, davon sind wir weit entfernt. Dazu müssen auch Dinge wie Halbleiter- und Batterieproduktion oder Wasserstoffentwicklung wieder in Europa stattfinden. Da ist einiges passiert in den letzten Jahren, das steckt aber noch in den Kinderschuhen.

Wie abhängig sind wir denn schon?

Wir brauchen eine viel stärkere Transparenz auf Unternehmensebene mit Blick auf deren Verflechtung mit China oder autokratischen Staaten generell. Es wäre der strategischen Resilienz Deutschlands zuträglich zu wissen, wie groß diese Abhängigkeiten sind - auf der Import- und der Exportseite. Es gibt einen riesigen Graubereich der Verflechtung vieler deutscher und europäischer Unternehmen, über den wenig Informationen verfügbar sind, weil das höchst sensibel ist. Es ist im öffentlichen Interesse, hier ein klareres Bild zu haben.

Wir wissen also gar nicht, wie abhängig wir sind?

Es ist extrem schwierig, die Details der Exponiertheit im chinesischen Markt zu verstehen. Und es geht ja auch um deutlich mehr als nur die Frage: Wie viele Autos verkauft ein Unternehmen dort oder wie viel Anteil am Konzernumsatz hat China, sondern unter anderem auch um Fragen wie: Was könnt ihr eigentlich mit dem Geld anfangen, das ihr in China verdient? Welchen Beitrag leistet das zum Standort Deutschland? Da wissen wir wenig darüber, die Hausaufgaben müssen wir noch machen. Das wäre schon ein dramatischer Politikwandel.

Was passiert denn beim anstehenden China-EU-Gipfel am Freitag?

Peking hätte immer noch gerne das EU-China- Investitionsabkommen CAI und erwartet, dass der Weg dahin bereitet wird. Und die europäische Seite wird wohl recht einheitlich kommunizieren, dass es für China Kosten haben wird, wenn die Unterstützung für Russland stärker wird. Gleichzeitig versucht Brüssel auch, Kanäle aufrechtzuerhalten, um überhaupt im Gespräch mit China zu bleiben, das war extrem schwierig in letzter Zeit.

Was sind denn die Lehren, die China aus dem Ukraine- Krieg zieht?

In ihren Augen ist die wichtigste Lektion, dass sie völlig recht haben damit, mehr auf Eigenständigkeit zu setzen, sich unabhängig zu machen vom Westen, aber auch von internationalen Institutionen. Es besteht die Gefahr, dass sich Pekings Paranoia verstärkt und den Drang befeuert, sich abzuwenden von der existierenden Ordnung, weil sie - siehe Russland - gegen einen gewendet werden kann.